

**Eine stark gekürzte Fassung dieses Beitrages erscheint in:  
Bernd Kubbig (Hrsg.) unter Mitarbeit von Martina Glebocki, Alexander Wicker,  
Rachel Adam und Mirko Jacobowski,  
"Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, die UNO und die Rolle Europas",  
Frankfurt am Main/New York (Campus) 2003, S. 224-234.**

**"Wir machen einen deutschen Weg."**

**Irak-Abenteuer, das transatlantische Verhältnis und die Risiken  
der Methode Schröder für die deutsche Außenpolitik.**

*von Michael Hedstück und Gunther Hellmann*

**1. Einleitung**

Die Frage nach einer deutschen Beteiligung an einem militärischen Vorgehen der Vereinigten Staaten gegen den Irak zählte zu den kontroversesten Themen im vergangenen Bundestagswahlkampf. Viele Wahlbeobachter sehen - mit Blick auf die in der Bevölkerung weit verbreitete Ablehnung einer deutschen Beteiligung - in der rechtzeitigen Besetzung dieses Themas durch Bundeskanzler Schröder den entscheidenden Schachzug, der der rot-grünen Regierungskoalition die Wiederwahl sicherte. Der Preis des Triumphs war allerdings hoch: Die transatlantischen Beziehungen wurden durch den amerikakritischen, manche sagen sogar: stark anti-amerikanisch eingefärbten Wahlkampf schwer beschädigt.

In diesem Beitrag wird zunächst der Verlauf der Irak-Debatte nachgezeichnet. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der "heißen" Phase des Wahlkampfes von Anfang August bis Mitte September 2002 (Abschnitt 2). Als beispielhaftes Einzelthema dieses Diskurses wurde die Kontroverse um die in Kuwait stationierten Spürpanzer vom Typ "Fuchs" und den etwaigen Abzug dieser Einheiten ausgewählt. Im Anschluss an die Darstellung der Diskussion werden in Abschnitt 3 die Unterschiede zwischen den Positionen der einzelnen Akteure sowie deren Veränderung im Laufe des Wahlkampfes herausgearbeitet. Dabei beschränkt sich die Analyse auf die maßgeblichen Protagonisten der Debatte. Für die SPD sind dies Bundeskanzler Schröder, Verteidigungsminister Peter Struck und Generalsekretär Franz

Münchener, für die Grünen Außenminister Joschka Fischer und für die Unionsparteien Kanzlerkandidat Edmund Stoiber (CSU) und Wolfgang Schäuble (CDU), in Stoibers "Kompetenzteam" für Außen- und Sicherheitspolitik zuständig. Anhand eines Vergleichs mit der Situation vor dem Beginn der Debatte beleuchtet Abschnitt 4 die Konsequenzen, die sich für das transatlantische Verhältnis nach der Bundestagswahl ergeben haben. Dabei wird deutlich, dass sich zwischen Deutschland und den USA in zunehmendem Maße ein Graben öffnet, der sich schon bald zu einer „strategischen Konkurrenz“ zwischen Washington und Berlin zuspitzen könnte. Dass dieses Auseinanderdriften allerdings keine überraschende Wendung markiert, sondern als weiteres Puzzlestück einer umfassenderen Resozialisierung Deutschlands in den Kreis der Großmächte zu begreifen ist und sich insofern das Verhalten Schröders nahtlos in das seit längerem betriebene Projekt der "Normalisierung" der deutschen Außenpolitik einfügt, analysiert Abschnitt 5. Abschließend werden die Konsequenzen dieser Normalisierung für die deutsche Außenpolitik im allgemeinen und die deutsch-amerikanischen Beziehungen im besonderen diskutiert und vor allem auf Risiken hingewiesen, die mit einer Strategie, die wir "Methode Schröder" nennen, einhergehen.

## **2. Die Debatte um eine deutsche Beteiligung an militärischen Aktionen gegen den Irak**

Bis zum Wahlkampfauftakt der SPD in Hannover am 5. August 2002 spielte das Thema Irak eine untergeordnete Rolle. Zwar hatte Außenminister Fischer bereits nach der Rede zur Lage der Nation von Präsident Bush Ende Januar angedeutet, dass die Bundesregierung einem militärischen Vorgehen gegen Irak ablehnend gegenüberstehe ("Bündnispartnerschaft unter freien Demokraten reduziert sich nicht auf Gefolgschaft, Bündnispartner sind nicht Satelliten"<sup>1</sup>), aber im Wahlkampf stand diese Frage bis August nicht im Mittelpunkt. Mit dem vorverlegten Auftakt der heißen Wahlkampfphase und vor dem Hintergrund der schlechten Umfragedaten für die SPD, beriet das SPD-Präsidium am 1. August 2002, wie die Chancen der Partei auf einen Wahlsieg verbessert werden könnten. Wie Gene-

ralsekretär Müntefering später rekapitulierte, wurde dabei unter anderem auch über zwei Optionen (Abwarten oder klar Position beziehen) beraten. Schröder habe sich u.a. angesichts der schlechten Umfragewerte für die SPD nach Zustimmung Fischers und im Konsens mit dem SPD-Präsidium für die zweite Variante entschieden.<sup>2</sup> Noch am selben Tag wiederholte dann Schröder in einem Fernsehinterview eine Formel, die er kurz nach dem 11. September 2001 in die Diskussion eingeführt hatte, um sein Versprechen der "uneingeschränkten Solidarität" mit den USA im Kampf gegen den Terrorismus zu relativieren: "Wir leisten Solidarität mit unseren Partnern, stehen für Abenteuer aber nicht zur Verfügung."<sup>3</sup> Im Kontrast dazu schloss Wolfgang Schäuble eine deutsche Beteiligung an einem etwaigen Feldzug Washingtons gegen den Irak zu diesem Zeitpunkt nicht aus: "Sollte es zu einer Aktion gegen den Irak kommen, würde dies aufgrund einer klaren Beschlusslage der Vereinten Nationen erfolgen." Da Deutschland sich stets für die Durchsetzung von UN-Beschlüssen eingesetzt habe, sei davon auszugehen, dass sich Deutschland in "angemessener Form" beteiligen müsse.<sup>4</sup>

Die öffentliche Wahrnehmung der Debatte änderte sich abrupt, als Schröder im Rahmen seines Wahlkampfauftaktes am 5. August von einem "deutschen Weg" sprach und seine Absage an "Abenteuer" wiederholte.<sup>5</sup> Gerade der Begriff "deutscher Weg" sorgte dafür, dass die Rede im In- wie im Ausland große Beachtung fand - und damit auch die deutsche Irak-Diskussion ins Scheinwerferlicht rückte. Die Reaktion der Opposition ließ nicht lange auf sich warten: Bereits einen Tag später warf Schäuble der SPD in einem Interview mit der Tageszeitung "Die

---

<sup>1</sup> Wir sind keine Satelliten (Interview mit Außenminister Joschka Fischer), Die Welt, 12.2.2002; vgl. auch Steven Erlanger, Germany joins criticism of Bush, International Herald Tribune, 13.2.2002.

<sup>2</sup> Entgegen anderslautender Behauptungen Schröders in einem Interview mit der New York Times räumte Generalsekretär Müntefering offen ein, dass wahltaktische Überlegungen dabei eine wichtige Rolle spielten: "Natürlich hat der Wahltermin dabei eine Rolle gespielt", zit. "Was Schröder sagt, meint er auch so", Darmstädter Echo, 11.9.2002, S. 2. Gegenüber dem Korrespondenten der New York Times sagte Schröder demgegenüber "I would never treat this issue as a matter of tactics, because the consequences would catch up with me later. We will win in Germany, and then I will have to stick by this decision, and I know what that means", Steven Erlanger, Schroeder cautions Bush on 'big mistake' over Iraq, International Herald Tribune, 5.9.2002, S. 8.

<sup>3</sup> „Schröder: Keine Beteiligung an einem Krieg gegen den Irak“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.8.02, S.1 sowie: Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder zu den Terroranschlägen in den USA und den Beschlüssen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen sowie der NATO vor dem Deutschen Bundestag am 19. September 2001 in Berlin, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 61-1 vom 19.9.2002, S. 4.

<sup>4</sup> Vgl. ebd., S. 2.

<sup>5</sup> Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder zum Wahlkampfauftakt in Hannover, 5.8.02.

Welt" vor, dass sie "völlig unverantwortlich" handle, "Heuchelei" betreibe und Deutschland isoliere.<sup>6</sup> Etwas vorsichtiger agierte hingegen Edmund Stoiber, der sich erst am 8. August zu Wort meldete und beschwichtigend erklärte: "Die Irak-Diskussion ist eine hypothetische Diskussion. Das Thema stellt sich gegenwärtig nicht."<sup>7</sup>

Während Stoiber versuchte, das Thema "Irak" wieder aus dem Wahlkampf herauszudrängen, verschärfte sich die Rhetorik führender Sozialdemokraten. Schon im Vorfeld von Schröders Rede hatte SPD-Generalsekretär Müntefering deutlich gemacht: "Wir machen einen deutschen Weg und lassen uns nicht vereinnahmen."<sup>8</sup> Das Wort vom "deutschen Weg" und die Kritik an der Politik der Bush-Administration war längst in aller Munde, als Verteidigungsminister Struck am 11. August einen ersten deutlichen anti-amerikanischen Akzent setzte. In einem Zeitungsinterview ließ er sich zitieren mit dem Satz "Wir sind nicht der Mündel der Vereinigten Staaten."<sup>9</sup> Nicht zuletzt diese Zuspitzung sorgte dafür, dass das Thema immer mehr an Medienpräsenz gewann. Nun konnte auch Stoiber dem Thema nicht mehr ausweichen, wenngleich er noch immer vorsichtig argumentierte. Auf einer Wahlkampfveranstaltung am 11. August warnte er vor einem deutschen Weg in der Außenpolitik und erklärte, der Begriff sei "sehr missverständlich."<sup>10</sup> Da die SPD in den Meinungsumfragen jedoch zulegte und die Umfragen zudem deutlich zeigten, dass drei Viertel der Wähler eine Beteiligung Deutschlands an militärischen Maßnahmen gegen den Irak ablehnten<sup>11</sup>, näherte sich Stoiber zusehends der Regierungslinie an. Die bloße Ablehnung eines "deutschen Weges" ohne eine Konkretisierung der eigenen Position reichte nicht mehr aus. Zwar vermied Stoiber nach wie vor eine konkrete Festlegung über die deutsche Politik unter seiner Kanzlerschaft, aber mit dem näher rückenden Wahltermin sah auch er sich gezwungen festzuhalten, dass

<sup>6</sup> Vgl. Die Welt, 6.8.02 sowie „Fischer: UN-Krieg für Irak-Krieg schwer vorstellbar“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.8.02, S. 2

<sup>7</sup> „Wir können keine weiteren Auslandseinsätze verkraften“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.8.02, S. 1.

<sup>8</sup> Vgl. „Die SPD im Wahlkampf auf einem deutschen Weg“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.8.02, S. 1.

<sup>9</sup> Vgl. „Kritik an Schröders Irak-Äußerungen“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.8.02, S. 2.

<sup>10</sup> Vgl. „Schröders deutscher Weg stößt auf Ablehnung“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.8.02, S. 1.

<sup>11</sup> Nach einer Umfrage des EMNID-Instituts für N-TV sprachen sich 73 Prozent der Befragten gegen eine deutsche Beteiligung aus, selbst wenn die Vereinten Nationen eine Militäraktion beschließen sollten: Ludwig Greven, Florian Güßgen, Wähler wollen keine deutschen Soldaten in Irak, Financial Times Deutschland, 7.8.2002.

min sah auch er sich gezwungen festzuhalten, dass "Alleingänge eines Landes ohne Konsultation, Abstimmung und ohne UN-Mandat" mit dem "Entscheidungs- und Handlungsmonopol [der Vereinten Nationen, MH/GH] (...) nicht vereinbar" seien.<sup>12</sup> Außenminister Fischer hielt sich im Vergleich zu Schröder eher zurück. Es war offensichtlich, dass er weder von dem Begriff "deutscher Weg", noch von der sonstigen Wahlkampfretorik Schröders begeistert war. In der Sache aber teilte er dessen Position: "Wir halten einen mit einer militärischen Intervention herbeigeführten Regimewechsel für hoch riskant und in den Folgen kaum überschaubar, und deswegen lehnen wir ihn ab. [...] Ich habe dicke Fragezeichen, dass in Washington die Konsequenz zu Ende gedacht wurde."<sup>13</sup>

Zum Ende des Monats August wurde die Debatte um ein weitere Nuance angereichert. Es ging um die im Rahmen der UN-Operation "Enduring Freedom" in Kuwait stationierten deutschen Spürpanzer vom Typ "Fuchs" - fahrende und gepanzerte Labors, die in der Lage sind, atomare, biologische und chemische Kampfmittel in der Luft und im Boden aufzuspüren - und die Frage, was mit diesen Einheiten geschehen sollte, falls es zu einem Krieg gegen den benachbarten Irak käme. Die Sachlage schien eigentlich klar: Im Frühjahr hatte Schröder hinter verschlossenen Türen laut Sitzungsprotokoll gesagt, dass die Panzer selbst bei einem unilateralen Vorgehen der USA in Kuwait bleiben und gegebenenfalls eingesetzt würden. Begründung: Niemand könne die Konsequenzen für das deutsch-amerikanische Verhältnis der nächsten 30 bis 50 Jahre verantworten, falls die Panzer abgezogen würden und es dann tatsächlich zum Einsatz von ABC-Waffen käme.<sup>14</sup> Am 29. August ließ Verteidigungsminister Struck jedoch verlauten, dass die Einheiten im Falle eines Krieges im Irak abgezogen würden.<sup>15</sup> Joschka Fischer pflichtete ihm bei und fügte hinzu, dass die Panzer ausschließlich im Rahmen der Anti-Terror-Operation "Enduring Freedom" eingesetzt werden dürften, womit er einem möglichen Einsatz bei einem US-Angriff auf den Irak implizit eine Absage erteilte.<sup>16</sup> Angesprochen auf den Widerspruch zu Schröders Äußerungen vom

---

<sup>12</sup> Vgl. Spiegel online, 28.8.02: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,211356,00.html>.

<sup>13</sup> Vgl. Interview mit Bundesaußenminister Joschka Fischer, Deutschlandfunk, 28.8.02, aus: Stichworte zur Sicherheitspolitik, Ausgabe 7/02.

<sup>14</sup> Vgl. „Bundesregierung rückt von Hilfszusagen an Amerika ab“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.8.02, S. 1, sowie: Süddeutsche Zeitung, 30.8.02.

<sup>15</sup> Vgl. ebd.

<sup>16</sup> Vgl. „Fischer: Kein Fuchs-Einsatz bei Krieg gegen Irak“, in: Süddeutsche Zeitung, 30.8.02, S. 6.

Frühjahr, hieß es aus Regierungskreisen, dass die Aussagen damals im Zusammenhang mit der Operation "Enduring Freedom" gefallen seien. Nun gehe es jedoch um einen gewaltsamen Sturz von Saddam Hussein. Das sei ein Unterschied.<sup>17</sup> Diese Argumentation stieß vielerorts auf Unverständnis, nicht zuletzt, weil sie auch in Widerspruch zu einer Aussage von Franz Müntefering vom 4. August stand. Damals hatte Müntefering noch zugesichert, dass die Bundesregierung die Panzer auch im Falle eines Krieges im Irak nicht abziehen werde.<sup>18</sup>

An der Frage nach dem Verbleiben der Spürpanzer in Kuwait lässt sich sehr gut nachvollziehen, welcher tiefgreifender Wandel die Position der Bundesregierung im Wahlkampfmonat August erfuhr. Aber auch der Standpunkt der Opposition hatte sich verändert: Zur Überraschung vieler Beobachter schien Stoiber die Auffassung Strucks und Fischers zu teilen. Auch der Kanzlerkandidat der Union wandte sich dagegen, dass die Panzer im Rahmen eines amerikanischen Alleingangs eingesetzt werden könnten. Auf eine Nachfrage hin präzisierte er, dass das im Ergebnis den Abzug der Spürpanzer bedeute.<sup>19</sup>

In den USA, wo die Position Schröders bereits früh für Aufsehen gesorgt hatte, wuchs das Interesse am deutschen Wahlkampf zusehends. Unter anderem führte dies zu dem ungewöhnlichen Vorgang, dass sich der US-Botschafter in Berlin, Dan Coats, am 4. September indirekt in den Wahlkampf einschaltete. Er machte deutlich, dass die Position der Bundesregierung die Beziehung zwischen beiden Ländern "natürlich" nicht stärke und ging sogar so weit, einen "gewissen Zweifel an der Enge der Beziehung" zu äußern. Schröder entgegnete darauf nur, dass die Konsultationspflicht bei den Vereinigten Staaten liege.<sup>20</sup> Wie tief die Verwerfungen im deutsch-amerikanischen Verhältnis bereits zu diesem Zeitpunkt geworden waren, verdeutlichte das Interview, das Schröder am 5. September der "New York Times" gab. Ein Angriff gegen den Irak, so Schröder, habe nichts mit dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu tun. " I think it would be a big mistake

---

<sup>17</sup> Vgl. „Bundesregierung rückt von Hilfszusagen an Amerika ab“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.8.02, S. 1

<sup>18</sup> Vgl. „Schröder: Keine Beteiligung an einem Krieg gegen den Irak“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.8.02, S. 2.

<sup>19</sup> Vgl. „Im Falle eines amerikanischen Angriffs will Berlin die Spürpanzer abziehen“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.8.02, S. 1.

<sup>20</sup> Vgl. „Schröder bekräftigt seine Irak-Politik. Amerika zweifelt an Enge der Beziehungen“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.9.02, S. 1.

if this feeling of needing one another should be destroyed by excessively unilateral actions".<sup>21</sup>

Auch diesmal versuchte Joschka Fischer, die Äußerungen des Bundeskanzlers abzuschwächen. Vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 14. September sprach er davon, dass "alle einschlägigen UN-Resolutionen [gegenüber dem Irak, M.H.] vollständig und unverzüglich durch die Regierung des Irak umgesetzt werden müssen." Aber: "Wir wollen keinen Automatismus hin zur Anwendung militärischer Zwangsmaßnahmen. [...] Angesichts der offenen Fragen sind wir voll tiefer Skepsis gegenüber einem militärischen Vorgehen und bleiben bei unserer Haltung."<sup>22</sup> Diese im Vergleich zu Schröder im Ton verbindlichere Haltung konnte freilich nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bundesregierung in der Irak-Frage einen diametral anderen Standpunkt vertrat als die Bush-Administration und damit die transatlantischen Beziehungen durch die zugespitzte Wahlkampfretorik schwer belastet wurden. Den Tiefpunkt markierte Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin mit ihrem Bush-Hitler-Vergleich wenige Tage vor der Wahl. Der Sprecher des Weißen Hauses, Ari Fleischer, bezeichnete Däubler-Gmelins Äußerungen umgehend als "empörend" und "unerklärlich".<sup>23</sup> Bushs Sicherheitsberaterin Condoleeza Rice meinte, dass solche Aussagen "weit jenseits der Grenze des Zulässigen" lägen.<sup>24</sup> Schröder schrieb darauf hin einen Brief an Bush, in dem er "sehr bedauerte", dass "ein Eindruck entstanden ist, der Deine Gefühle tief verletzt hat". Er entschuldigte sich allerdings nicht für die eindeutig belegten Aussagen seiner Ministerin,<sup>25</sup> sondern verwies nur darauf, dass sie "öffentlich erklärt" habe, "die ihr zugeschriebenen Äußerungen nicht gemacht" zu haben.<sup>26</sup>

### **3. Nuancen der Debatte: Die Positionen der Akteure im Vergleich**

---

<sup>21</sup> Steven Erlanger, Schroeder cautions Bush on 'big mistake' over Iraq, International Herald Tribune, 5.9.2002, S. 8.

<sup>22</sup> "Für ein System globaler kooperativer Sicherheit", Rede von Bundesaußenminister Joschka Fischer vor der 57. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 14.9.02 in New York.

<sup>23</sup> Vgl. „In der Rolle Frankreichs“, in: Frankfurter Rundschau, 21.9.02, S. 2.

<sup>24</sup> Vgl. „Der Brief des Kanzlers besänftigt US-Präsident Bush nicht“, in: Frankfurter Rundschau, 23.9.02, S. 1.

<sup>25</sup> Christoph Müller, Verleumderisch und geradezu abwegig. Herta Däubler-Gmelin und das gesprochene Wort, in: tagblatt online vom 19.9.2002.

Am Ende der Debatte, dem Tag der Wahl, hatten sich die Standpunkte der beiden politischen Lager so weit angenähert, dass auf den ersten Blick kaum mehr Unterschiede zu erkennen waren. Es ist jedoch bezeichnend, dass die Annäherung eher einer Einbahnstraße ähnelte; die Konsensposition - die Ablehnung eines Irak-Einsatzes - entsprach weitgehend den Schröder'schen Vorstellungen vom Beginn des Wahlkampfes. Während der Bundeskanzler konsequent an seiner Linie festhielt, näherte sich Stoiber seinem Kontrahenten bis zuletzt immer weiter an. Er trug damit der Stimmung in der Bevölkerung Rechnung, die eine deutsche Beteiligung an einem Waffengang im Irak mit großer Mehrheit ablehnte.<sup>27</sup>

Nichtsdestotrotz gab es am Ende des Wahlkampfes einen entscheidenden Unterschied zwischen den Vorstellungen von Regierung und Opposition: Während man sich in der Verurteilung eines amerikanischen Alleingangs einig war, wurde eine Militäraktion mit einem Mandat des Weltsicherheitsrates unterschiedlich bewertet. Schröder ("Die Argumente, die ich gegen eine Intervention habe, bleiben unabhängig von einer UN-Entscheidung bestehen"<sup>28</sup>) und Fischer lehnten jegliche Form der Beteiligung ab. Für die Union hingegen spielte ein mögliches UN-Mandat durchaus eine Rolle. In einem "Spiegel"-Interview vom 2. September erklärte Stoiber: "Alle Maßnahmen gegenüber dem Irak erfordern ein UN-Mandat."<sup>29</sup> Zwei Tage vor der Wahl, am 20. September, wurde dieser Standpunkt von Wolfgang Schäuble noch einmal unterstrichen: "Wir wollen, dass das Mandat der Vereinten Nationen durchgesetzt wird, und im Rahmen von UN-Beschlüssen kann sich niemand fernhalten."<sup>30</sup> Dass dieser Unterschied am Ende der Irak-Debatte kaum auffiel, könnte daran liegen, dass die Wahlkampfstrategen der Union Wolfgang Schäuble und dessen differenzierte, ein mögliches UN-Mandat betonende Position zum Ende der Kampagne nach und nach aus der Öffentlichkeit

---

<sup>26</sup> Zit. nach „Empörung im Weißen Haus“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.9.02, S. 1.

<sup>27</sup> Im September 2002 waren laut ZDF-Politbarometer nur 4 Prozent der Befragten für eine Beteiligung deutscher Soldaten an einem nicht von einem UN-Mandat gedeckten Irak-Krieg. Infratest dimap ermittelte eine Zustimmung von neun Prozent. Bei beiden Umfragen überwog die Zahl derer, die der Meinung waren, Deutschland solle sich „auf keinen Fall“ beteiligen (Politbarometer: 53 Prozent, Infratest dimap: 51 Prozent). Vgl. hierzu: ZDF-Politbarometer vom 18.10.02 sowie Umfrage von Infratest dimap für die „Tagesschau“ vom 22.9.02, [http://wahl.tagesschau.de/ergebnisse/bundestagswahl2002/umfragen/2002301\\_5\\_0\\_YA0Survey\\_02092217065544.html](http://wahl.tagesschau.de/ergebnisse/bundestagswahl2002/umfragen/2002301_5_0_YA0Survey_02092217065544.html)

<sup>28</sup> Gerhard Schröder im Interview mit der Berliner Zeitung, 11.9.02.

<sup>29</sup> Edmund Stoiber im Interview mit der Zeitschrift "Der Spiegel", 2.9.02, S. 40.

herauszogen. Übrig blieb ein Kanzlerkandidat Edmund Stoiber, dessen Äußerungen sich in den Tagen vor der Wahl in Inhalt und Rhetorik nur noch in Nuancen von denen des Bundeskanzlers unterschieden. Dadurch fand der Dissens bezüglich eines UN-Mandats kaum mehr Beachtung.

Mit der Zuspitzung des Wahlkampfes und parallel zum näher rückenden Tag des Urnengangs setzten sich in beiden Lagern die lauten, weniger differenzierten Positionen durch. Diese Standpunkte wurden personifiziert durch Schröder und Stoiber. Ein ähnliches Schicksal wie Schäuble ereilte auch den SPD-Politiker Hans-Ulrich Klose, dem sich nach eigener Aussage angesichts von Schröders Haltung "die Haare zu Berge stellten"<sup>31</sup>. Auch Joschka Fischers Zurückhaltung war auffallend. Zu Beginn des Wahlkampfes noch Seite an Seite mit Schröder, zog er sich zusehends aus der Debatte zurück. Kein einziges Mal benutzte er den Begriff "deutscher Weg". In seinen Wahlkampfauftritten zeigte er sich - im Gegensatz zu Schröder ("Die Konsultationspflicht liegt bei den USA") – bemüht, die schädlichen Folgen für das transatlantische Verhältnis zu kitten.

#### **4. Operation Schadensbegrenzung: Die Irak-Debatte und das transatlantische Verhältnis nach der Wahl**

Schröder und Fischer beharrten auch nach der Wahl auf ihrer Ablehnung eines militärischen Vorgehens gegen Saddam Hussein sowie einer deutschen Beteiligung. Was sich aber änderte, war die Tonlage, in der die Differenzen zu Washington vorgetragen wurden. So erklärte Fischer am 24. September, dass man einen Krieg zwar nach wie vor ablehne, aber nicht unbedingt die Beteiligung an einem Folgeinsatz mit einem Mandat der Vereinten Nationen.<sup>32</sup> Anstatt ihren Standpunkt aufzugeben, schien die Bundesregierung auf Beschwichtigung durch Zugeständnisse in anderen Fragen zu setzen. So wurde die öffentlich demonstrierte Bereitschaft, entgegen früheren Bekundungen nun doch die Führung der in Afghanistan operierenden UN-Einheiten (Isaf) zu übernehmen, von Beobachtern ebenso als Entspannungssignal an Washington gewertet wie die überraschenden

---

<sup>30</sup> Interview mit Wolfgang Schäuble, Deutschlandfunk, 20.9.02.

<sup>31</sup> Vgl. „Zu viele Fragen sind unbeantwortet“, in: Süddeutsche Zeitung, 13.9.02, S. 5.

öffentlichen und diplomatischen Bemühungen der Bundesregierung, der Türkei den Weg in die EU zu ebnen. Doch weder dieses Entgegenkommen, noch die Trennung von Justizministerin Herta Däubler-Gmelin vermochten das Verhältnis zu den USA in den ersten Wochen nach der Wahl zu entspannen. Dafür war die Lage zu prekär, nachdem Rumsfeld und Rice das Verhältnis zwischen Berlin und Washington am Ende des Wahlkampfes als "vergiftet" beschrieben hatten.<sup>33</sup> Dies zeigte sich deutlich am Tag nach der Wahl, als sich Rumsfeld weigerte, auf der Nato-Konferenz in Warschau mit seinem deutschen Amtskollegen Struck zusammenzutreffen. Die Art und Weise, wie Rumsfeld dem deutschen Verteidigungsminister die kalte Schulter zeigte, unterstrich die Verärgerung, die der deutsche Wahlkampf vor allem unter den konservativen Regierungsmitgliedern in Washington ausgelöst hatte (O-Ton Rumsfeld: "Ich habe gewiss keine Pläne, mich mit jener Person [Struck, MH/GH] zu treffen, während ich dort bin."<sup>34</sup>).

Mehr als einen Monat später musste Außenminister Fischer bei seinem Besuch in Washington ähnliche Erfahrungen machen, wenngleich in leicht abgeschwächter Form. Demonstrativ bekam er keinen Termin im Weißen Haus. Lediglich Außenminister Powell empfing den Gast aus Berlin zu einem kurzen Vier-Augen-Gespräch. Die Art und Weise, wie die beiden Chefdiplomaten ihr Treffen anschließend kommentierten, sprach für sich. Powell erwähnte "Differenzen, Reibungspunkte und Meinungsverschiedenheiten"<sup>35</sup>, Fischer sprach von einem "komplexen Umfeld", in dem sein Besuch stattgefunden habe.<sup>36</sup>

Vor diesem Hintergrund ist offensichtlich, dass der deutsche Bundestagswahlkampf von 2002 eine Zäsur in den deutsch-amerikanischen Beziehungen darstellt. Wie tiefgreifend sie ist, wird die Zeit erweisen. Für das deutsch-amerikanische Verhältnis ist sie jedoch weitreichender als die Zäsur des 11. September. Das zeigt ein kurzer Blick auf das Verhältnis kurz vor und nach dem Tag der Terroranschläge in New York und Washington. Die im Wahlkampf deutlich zu Tage getretene Tendenz, die amerikanische Bereitschaft zu Alleingängen nicht mehr

---

<sup>32</sup> Vgl. „Bagdad-Debatte: Berlin dreht bei“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.9.02, S. 1.

<sup>33</sup> Vgl. „Fischer bemüht um Entspannung mit USA“, in: Die Welt, 24.9.02, S. 1.

<sup>34</sup> Vgl. „Die Atmosphäre ist vergiftet“, in: Süddeutsche Zeitung, 23.9.02, S. 5.

<sup>35</sup> Vgl. „Washingtoner Entgiftungssignale an Fischer“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.11.02, S. 1.

<sup>36</sup> Vgl. „Die Zeit, der große Heiler“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.11.02, S. 3.

nur einfach hinzunehmen, sondern wenn nötig auch hart zu kritisieren, war nicht erst seit dem Wahlsummer 2002 beobachtbar. Offensichtlich wurde die Kritik an der Politik der Bush-Administration in der Zeit zwischen dem Ende des gemeinsam geführten Kosovo-Krieges und dem 11. September 2001. Deutsche Regierungsmitglieder, Diplomaten und Medienvertreter bezichtigten Washington öffentlich des unilateralen Vorgehens. Die Kritik machte sich fest an Sachfragen wie dem Kyoto-Abkommen, dem Atomwaffentestverbot oder der Biowaffen-Konvention. Bei allen drei Abkommen verweigerte die Bush-Administration trotz großen internationalen Drucks die Ratifizierung beziehungsweise die Unterschrift. Ähnlich ablehnend reagierte Berlin auf Bushs Plan, ein Raketenabwehrsystem aufzubauen und zu diesem Zweck aus dem ABM-Vertrag auszusteigen. Mit dem 11. September 2001 und Schröders Zusicherung der "uneingeschränkten Solidarität" Deutschlands wurden diese Konfliktgegenstände schlagartig von den politisch-diplomatischen Folgen des Terrorangriffs überlagert. Unter Verweis auf die Unterstützung von Washingtons Anti-Terror-Krieg und der Bereitstellung von bis zu 3.900 Bundeswehrsoldaten für die Operation "Enduring Freedom"<sup>37</sup> glaubten zahlreiche Beobachter, eine neue Ära der transatlantischen Beziehungen habe begonnen: Erstmals benötigte der langjährige Schutzmacht USA die Unterstützung ihrer Verbündeten. Deutschland stand hier an prominenter Stelle. Diese vergleichsweise harmonische Phase der deutsch-amerikanischen Beziehungen in einer schwierigen Zeit dauerte bis zum Sommer 2002, wenngleich sie sich seit dem Frühjahr 2002 bereits leicht abzukühlen begann. So hatte Bushs Rede von der „Achse des Bösen“ in Berlin zwar Widerspruch ausgelöst, insgesamt jedoch keine Abstriche in der öffentlich bekundeten Solidarität zur Folge gehabt. Noch am 4. Mai 2002 erklärte der damalige Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping: "We must respond to [the new challenges, MH/GH] with joint efforts and with determination. With solidarity and with a cool head."<sup>38</sup>

Mit "Solidarität" und einem "kühlen Kopf" hatte die Auseinandersetzung mit einem möglichen Militärschlag gegen das Regime von Saddam Hussein im deut-

---

<sup>37</sup> Vgl. Antrag der Bundesregierung vom 7.11.01 an den deutschen Bundestag zum Einsatz bewaffneter Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA, in: Stichworte zur Sicherheitspolitik, Ausgabe 11/01, S. 2-6.

<sup>38</sup> Keynote Address of Rudolf Scharping on the Occasion of the XIXth International Workshop on "Global Security and the War on Terrorism" in Berlin, 4.5.02, in: Stichworte zur Sicherheitspolitik, Ausgabe 5/02, S. 3-5.

schen Wahlkampf indes wenig zu tun. Auffällig ist jedenfalls, welche Wellen diese Episode in Washington geschlagen hat. Trotz einiger Stimmen, welche die Rechtmäßigkeit der amerikanischen Interventionspolitik anzweifeln<sup>39</sup>, ist der Tenor weitgehend negativ: So beschrieb Henry Kissinger Ende Oktober in der "Washington Post" den außenpolitischen Kurs der Bundesregierung als Ausdruck eines profunden deutschen Antiamerikanismus. Die Lehren aus der Vergangenheit drohten zu verblassen und einem "selbstgerechten Isolationismus" zu weichen.<sup>40</sup> Jim Hoge, Herausgeber der Zeitschrift "Foreign Affairs", sah die Zusammenarbeit der beiden Regierungen auf "unabsehbare Zeit" auf die geschäftsmäßige Ebene beschränkt<sup>41</sup>, und der Auslandschef der "New York Times", Roger Cohen, erklärte sarkastisch, dass sich George W. Bush nur dann noch einmal für Gerhard Schröder interessieren dürfte, wenn in Deutschland Öl gefunden würde.<sup>42</sup> Fast noch bedenklicher als diese polemischen Äußerungen sollte die deutsche Seite allerdings stimmen, dass die Nachrichtenagentur Reuters nach Fischers Besuch in Washington eine Meldung herausgab mit dem Titel: "Fischer sieht das Verhältnis zu Amerika als 'Eckstein' deutscher Außenpolitik."<sup>43</sup> Dass frühere Selbstverständlichkeiten wieder Nachrichtenwert besaßen, sagte mehr über den Stand der Beziehung als jede Polemik. Diese Beobachtung bestätigt auch jene, die argumentieren, dass sich zwischen Europa und den USA ein tiefer politisch-kultureller Graben öffne. Der amerikanische Kolumnist Robert Kagan etwa meinte im Juli 2002 in einem aufsehenerregenden Beitrag, dass Europäer und Amerikaner nicht länger in derselben Welt lebten. Während Europa ein posthistorisches Paradies der Gewaltfreiheit betrete, in dem sich Immanuel Kants Ideal vom ewigen Frieden verwirkliche, sähen die Amerikaner die Welt ähnlich wie Thomas Hobbes: als anarchisches Gebilde, in dem Sicherheit nicht ohne die Anwendung von Zwangsmitteln zu realisieren sei.<sup>44</sup> Wenn man diese Einschätzung teilt, gewinnt eine Prophezeiung des

---

<sup>39</sup> Dazu gehört beispielsweise Henry Kissinger, der einen Verstoß gegen das Völkerrecht und die Prinzipien des Westfälischen Friedens von 1648 sieht. Vgl. "Die Zeit", 19.9.02, S. 7.

<sup>40</sup> Vgl. die Zusammenfassung des Beitrages in „Fischers kleine Töpferscheibe“, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 3.11.02, S. 5.

<sup>41</sup> Vgl. ebd.

<sup>42</sup> Vgl. ebd.

<sup>43</sup> Vgl. ebd.

<sup>44</sup> Vgl. Robert Kagan, Power and Weakness, in: Policy Review, No. 113 June/July 2002 (<http://www.policyreview.org/JUN02/kagan.html>), dt. erschienen in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 10 (Oktober 2002), S. 1194-1206; vgl. dazu auch "Gulliver vs. Liliput. Robert Kagans 'Macht und Schwäche' in der Debatte", mit Beiträgen von Hans Arnold, Hans Peter

Staatsminister im Auswärtigen Amt, Ludger Volmer, vom Juni 2002 eine neue  
endung: "In der Folge des 11. September werden langetablierte Politiken und Al-  
lianzen durch die Geschichte überprüft, neu formuliert, werden Prioritäten neu  
gesetzt und Ressourcen neu verteilt werden."<sup>45</sup> Inwieweit diese Einschätzung zu-  
trifft untersuchen wir im folgenden Abschnitt.

## **5. Deutschlands Resozialisierung als Großmacht ....**

Was bedeutet die Irak-Debatte für die deutsche Außenpolitik und für die transat-  
lantischen Beziehungen? Die politische Bewertung fällt entsprechend der jeweili-  
gen Lager unterschiedlich aus. Für den deutschen Bundeskanzler scheint es ein  
weiterer Beleg seiner oft geäußerten Einschätzung sein, dass "Leisetreteri bei der  
Vertretung der eigenen Interessen (...) noch nie angetan (war), Respekt auch bei  
den Partnern zu finden."<sup>46</sup> Seine Kritiker, die seine entschlossene Unterstützung  
der USA im Kampf gegen den Terrorismus vom Herbst 2001 genauso überrascht  
wie erfreut zur Kenntnis nahmen, sehen vor allem einen Rückfall in "die alt-neue  
Berliner Paarung von Zwergenmut und Großmanssucht".<sup>47</sup>

In der Tat, auf den ersten Blick mutete Schröders Absage wie ein Rückfall in  
längst vergangen geglaubte Tage an, denn seine Rhetorik der vorangehenden Mo-  
nate hatte den Eindruck erweckt, als würde er in der deutschen Außenpolitik einen  
deutlichen Schnitt vornehmen wollen. In einer Regierungserklärung vom Oktober  
2001 hatte Schröder vor allem hervorgehoben, dass sich Deutschland "in einer  
neuen Weise der internationalen Verantwortung" stellen müsse. "Noch vor zehn  
Jahren hätte niemand von uns erwartet, dass Deutschland sich anders als durch so  
etwas wie 'sekundäre Hilfsleistungen' - also Zurverfügungstellung von Infrastruk-  
tur oder Gewährung von Finanzmitteln - an internationalen Bemühungen zur Si-

---

Dürr, Gunther Hellmann, Andrian Kreye, Claus Leggewie, Otfried Nassauer, August Pradetto,  
Ulrich K. Preuß, Joscha Schmierer, Sibylle Tönnies, Frank Unger, Karsten Voigt und Werner  
Weidenfeld, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 11 (November 2002), S.  
1349-1350, S. 1345-1364.

<sup>45</sup> "New International Security Situation" - Plenarbeitrag von Staatsminister Volmer beim 4.  
ASEM Außenministertreffen, Madrid, 6.6.02, in: Stichworte zur Sicherheitspolitik, Ausgabe 6/02,  
S. 3-5.

<sup>46</sup> Interview mit Bundeskanzler Gerhard Schröder im ARD-Bericht aus Berlin, 9. August 2002,  
zit. nach  
[http://www.bundeskanzler.de/Interviews\\_.7716.428321/Interview\\_mit\\_Bundeskanzler\\_Schroeder  
\\_im\\_ARD\\_Ber...htm](http://www.bundeskanzler.de/Interviews_.7716.428321/Interview_mit_Bundeskanzler_Schroeder_im_ARD_Ber...htm).

cherung von Freiheit, Gerechtigkeit und Stabilität beteiligt. (...) Diese Etappe deutscher Nachkriegspolitik (...) ist unwiederbringlich vorbei. Gerade wir Deutschen (...) haben nun auch eine Verpflichtung, unserer neuen Verantwortung umfassend gerecht zu werden. Das schließt - und das sage ich unmissverständlich - auch die Beteiligung an militärischen Operationen zur Verteidigung von Freiheit und Menschenrechten, zur Herstellung von Stabilität und Sicherheit ausdrücklich ein."<sup>48</sup> Darüber hinaus hatten seine Äußerungen bereits zuvor Anlass zu der Vermutung gegeben, dass sich sein Versprechen zu "uneingeschränkter Solidarität" nicht auf die militärischen Operationen der USA in Afghanistan im engeren Sinne beschränken würde. Denn die "Rechte", die aus den Beschlüssen der Vereinten Nationen "für die Vereinigten Staaten" resultierten, hatte er am 19. September 2001 im Bundestag wie folgt beschrieben: " Die Vereinigten Staaten können auf der Grundlage der Entscheidung des Sicherheitsrates Maßnahmen gegen Urheber und Hintermänner, gegen Auftraggeber und Drahtzieher der Attentate ergreifen. Diese sind völkerrechtlich gedeckt. Sie können und sie dürfen, durch diese Weiterentwicklung des Völkerrechts gedeckt, ebenso entschieden gegen Staaten vorgehen, die den Verbrechern Hilfe und Unterschlupf gewähren. Um es klar zu sagen: Das bezieht sich auf alles, was ich uneingeschränkte Solidarität genannt habe."<sup>49</sup>

Gewiss, inwieweit Saddam Hussein zu den "Hintermännern" und "Drahtziehern" der Terroranschläge des 11. September 2001 zu rechnen ist und inwieweit damit auch die von Schröder eingeräumte "uneingeschränkte Solidarität" für mögliche Militäroperationen gegen den Irak gelten könnte, ist strittig. Für die überwiegende Mehrheit der Beobachter waren die Äußerungen Schröders insgesamt jedoch so zu verstehen, dass die USA in einem umfassenden "Kampf gegen den Terror" wenn nicht auf Unterstützung, so doch zumindest auf wohlwollende Zurückhaltung der Deutschen rechnen konnten.

---

<sup>47</sup> „Der Preis des Neinsagens“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.9.2002, S. 12.

<sup>48</sup> Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder zur aktuellen Lage nach Beginn der Operation gegen den internationalen Terrorismus in Afghanistan vor dem Deutschen Bundestag am 11. Oktober 2001 in Berlin, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 69-1 vom 12. Oktober 2001 (Bundesregierung online), S.6-7.

<sup>49</sup> Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder zu den Terroranschlägen in den USA und den Beschlüssen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen sowie der NATO vor dem Deutschen Bundestag am 19. September 2001 in Berlin, Bulletin der Bundesregierung Nr. 61-1 (2001) vom 19.9.2001, S. 3.

Vergleicht man daher die Rhetorik der Bundesregierung vom Herbst 2001 mit ihrer Rhetorik aus dem Wahlkampf 2002, dann ergeben sich zumindest erhebliche Spannungen, wenn nicht sogar grundlegende Widersprüche. In einer anderen - wie wir finden überzeugenderen - Lesart jedoch, lösen sich diese Widersprüche auf. Dies führt zu unserer *ersten These*: Die Absage Schröders zur Teilnahme an einem "Irak-Abenteuer" steht zwar vordergründig im Widerspruch zu seinen uneingeschränkten Solidaritätsbekundungen mit den USA und seiner mehrfach geäußerten Überzeugung, dass "der militärische Aspekt enttabuisiert"<sup>50</sup> werden müsse. In einer langfristigen Perspektive fügt sie sich aber nahtlos in eine Reihe von Stellungnahmen des Bundeskanzlers ein, in denen er eine umfassende "Normalisierung" der deutschen Außenpolitik einforderte, die dem Selbstverständnis einer "großen Macht in Europa"<sup>51</sup> würdig sei. Weil Deutschland, wie Schröder nie müde wurde zu betonen, mit dem Regierungswechsel 1998 "auch ein(en) Generationswechsel im Leben unserer Nation"<sup>52</sup> vollzogen und damit die "Befangenheit" der vorangehenden Generation überwunden hatte, fiel es ihm nicht schwer, die Deutschen zu einem "normalen Volk" zu erklären, das "ohne Schuldkomplexe" in die Zukunft blicken und nun "unbefangener die eigenen Interessen vertreten" könne.<sup>53</sup> Die unmissverständliche Absage Schröders an eine Beteiligung deutscher Soldaten an einer militärischen Operation zur Beseitigung des Regimes von Saddam Hussein stellt vor diesem Hintergrund nicht so sehr einen Widerspruch zu der ein knappes Jahr zuvor verkündeten "uneingeschränkten Solidarität" dar. Vielmehr ist sie Ausdruck der von Egon Bahr sein langem gepredigten Forderung, dass das vereinte Deutschland "wieder machtgewohnt werden" müsse, weil "Machtgewöhnung" nur "ein anderes Wort für Normalität" sei.<sup>54</sup> Deutschland müsse, so Bahr nach der Bundestagswahl 1998, das "natürliche Machtbewusstsein einer Nation entwickeln, die stolz und ohne Überheblichkeit ihre Interessen vertritt, ihre Grenzen kennt und ihre Möglichkeiten ausschöpft." Dabei müssten die

---

<sup>50</sup> Gemeinsame Pressekonferenz von Bundeskanzler Schröder und Außenminister Fischer am 11.6.2002, [www.bundesregierung.de/dokumente/Artikel/ix\\_84018.htm](http://www.bundesregierung.de/dokumente/Artikel/ix_84018.htm).

<sup>51</sup> Gerhard Schröder, Eine Außenpolitik des "Dritten Weges"? in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 50. Jg., Nr. 7-8 (1999), S. 394.

<sup>52</sup> "Weil wir Deutschlands Kraft vertrauen ...". Regierungserklärung des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag, 10. November 1998, in: Bulletin, Nr. 74 (11. November 1998), S. 902.

<sup>53</sup> "Eine offene Republik". Gespräch mit Bundeskanzler Gerhard Schröder, in: Die Zeit, Nr. 6 (4. Februar 1999), S. 33-34.

Deutschen endlich auch "die Nerven aufbringen, unvermeidliche Irritationen ob der ungewohnt mündig gewordenen Deutschen durchzustehen".<sup>55</sup>

Diese Grundüberzeugungen teilt Gerhard Schröder weitestgehend, denn wenn es einen roten Faden seiner Außenpolitik gibt, dann besteht er in dem stetigen Bemühen, die "Leisetreter" in die Schranken zu weisen und sich den "Respekt" anderer dadurch zu sichern, dass er die Durchsetzung *deutscher Interessen* zur obersten Leitlinie seiner Politik macht. Die Tatsache, dass er in seiner Irak-Politik die überwiegende Mehrheit der deutschen Öffentlichkeit auf seiner Seite hatte, signalisiert jedenfalls, dass er zumindest in dieser Frage im *Interesse der deutschen Wähler* handelte.<sup>56</sup>

Wenn nun aber die Interessen der Deutschen – also: weder Unterstützung für, noch Teilnahme an Militäroperationen gegen Saddam Hussein, und zwar selbst dann, wenn ein UN-Mandat vorliegt - so deutlich von den Interessen nicht nur der Verbündeten in Washington, sondern auch in den europäischen Hauptstädten abweichen, und diese neue Form der *Singularisierung* in Berlin bestenfalls achselzuckend als unausweichliche Folge der neuen Normalität registriert wird, dann könnte dies in der Kombination mit einem "deutschen Weg" genau jene Befürchtungen wecken, die Gerhard Schröder noch 1999 so treffend beschrieben hat, als er der "Außenpolitik des 'Dritten Weges'" eine Absage erteilte: "Der Ruf nach einem 'Dritten Weg' in der Außenpolitik (hätte) gerade in deutscher Sprache einen beunruhigenden Klang (...) - die Assoziation zu den verheerenden Folgen jenes deutschen 'Sonderwegs', der gleich zweimal in diesem Jahrhundert den gesamten Kontinent in Tod und Verderben geführt hat, läge zu nahe".<sup>57</sup>

---

<sup>54</sup>Egon Bahr, *Deutsche Interessen. Streitschrift zu Macht, Sicherheit und Außenpolitik*, München: Karl Blessing 1998, S. 18.

<sup>55</sup>Egon Bahr, Die "Normalisierung" der deutschen Außenpolitik, in: *Internationale Politik*, 54. Jg., Nr. 1, Januar 1999, S. 46; vgl. ferner "Ein Deutschland, das Nein sagen kann", Gespräch mit Egon Bahr, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 11 (November 1999), S. 1313-1314.

<sup>56</sup>Auch im Oktober war die Mehrheit der Bevölkerung gegen eine deutsche Beteiligung an einem Irak-Krieg. Eine Teilnahme „auf jeden Fall“ wollten nur vier Prozent, 43 bzw. 49 Prozent (Politbarometer bzw. Infratest dimap) wollten hingegen „auf keinen Fall“ deutsche Soldaten im Irak sehen. Vgl. hierzu: ZDF-Politbarometer vom 18.10.02 sowie Umfrage von Infratest dimap für den Erhebungszeitraum vom 30.9. bis 2.10.02.

<sup>57</sup>Schröder, *Eine Außenpolitik des 'Dritten Weges'?*, a.a.o., S. 392.

Das neue "Selbstbewusstsein" in der Außenpolitik, für das der Bundeskanzler immer wirbt, kann allerdings (und das wäre unsere *zweite These*) in zweierlei Form vorgetragen werden - nach der *Methode Schröder* oder nach der *Methode Fischer*. Das erste Modell könnte man auch auf die Formel „Hü-Hott-Basta“ bringen: heute "uneingeschränkte Solidarität", morgen "deutscher Weg" - in beiden Fällen aber wird die jeweilige Position im Brustton tiefster Überzeugung vorgetragen, der jeden Zweifel an der Sinnhaftigkeit der jeweils vertretenen Politik als Abwechslertum von *ganz offensichtlich "deutschen" Interessen* erscheinen lässt. Unabhängig davon, ob man nun das Hü oder das Hott vorzieht, besteht der entscheidende Nachteil dieser Methode darin, dass sie ein hohes Gut deutscher Nachkriegsaußenpolitik aufs Spiel setzt, nämlich Berechenbarkeit und, darauf gründend, das Vertrauen der Partner in die Deutschen.

Genau dies versucht die Methode Fischer in Anknüpfung an Bonner Tugenden zu bewahren. Sie unterscheidet sich von der Methode Schröder weniger in der Substanz der jeweils vertretenen Politik als in dem Bemühen, eine Erfindung der Bonner Republik, die dieser immensen Erfolg eingetragen hat, in die Berliner Republik herüber zu retten und den neuen Bedingungen deutscher Außenpolitik anzupassen. Verschiedentlich hat man diese Bonner Erfindung als "Politik des Sowohl-als-Auch" bezeichnet - das Bemühen, sich widersprechende Anforderungen der Partner so zu vermitteln, dass sie erst gar nicht als Konflikte zwischen sich wechselseitig ausschließenden Zielen wahrgenommen werden. Da die Anforderungen der Partner im letzten Jahrzehnt enorm gewachsen sind und mit der gewachsenen deutschen Macht zugleich die Notwendigkeit schwand, Spannungen zwischen diesen auszugleichen, hat sich der Spielraum für selbstbewusstes Auftreten sichtbar vergrößert. Weil die Anhänger der Methode Fischer ihre Politik aber nach wie vor selbstbewusst im Schatten der deutschen Geschichte betreiben und möglichen anti-deutschen Koalitionsbildungen strukturell vorbeugen wollen, legen sie zumindest Wert darauf, dass unterschiedliche Standpunkte bei aller Differenz in der Sache in verbindlichem Ton vorgetragen werden. Mit anderen Worten: dort wo die Methode Schröder im Blick auf den Wähler sowie prestigeheischenden "Respekt" das *Deutsche* an den "deutschen Interessen" hervorkehrt - egal ob nun für die "Enttabuisierung" des Militärischen oder für militärische Ent-

haltsamkeit geworben wird - dort betont die Methode Fischer bei allen sachlichen Differenzen die Gemeinsamkeit der Interessen.

Dieser Unterschied zwischen Schröder und Fischer ist bedeutsam, weil immer klarer wird, dass das "Licht" der deutschen Außenpolitik nicht unter dem Scheffel stehen bleiben kann. Zuviel wird von den Deutschen erwartet - zu vielem auch, was ihre Bonner Vorfahren nie zu denken wagten, sind sie heute bereit. Dies führt uns zu unserer *dritten These*: Der Wahlkampf gegen eine Beteiligung an einem Irak-Feldzug ist nicht nur ein Beleg dafür, dass man "großmächtiges Auftreten" selbst dann wieder erlernen kann, wenn man meint, es "überwinden gelernt" zu haben.<sup>58</sup> Er kann auch als warnendes Lehrbeispiel dafür gelten, wie schnell aus der *Singularisierung* die *Isolierung* folgen kann. Auch hier lohnt nochmal ein vergleichender Blick auf die beiden Methoden. Von Bedeutung ist nicht nur, wie schnell sich die Deutschen mit der Methode Schröder selbst in die Isolierung getrieben haben. Viel interessanter ist, dass die sachlichen Zweifel (von Großbritannien abgesehen) im Kern von vielen europäischen Nachbarn geteilt wurden, der wesentliche Unterschied zur Stilisierung dieser Frage im deutschen Wahlkampf allerdings darin bestand, dass sich die europäischen Partner (allen voran die Franzosen) als kluge Praktiker der Methode Fischer zeigten.

## **6. ... und die Lehren des Scheiterns der "Methode Schröder" für die Zukunft der deutsch-amerikanischen Beziehungen.**

Die Irak-Episode liefert einen weiteren Beleg dafür, dass die Resozialisierung Deutschlands im vielstimmigen Konzert der Großmächte beträchtlich fortgeschritten ist, denn das wichtigste Merkmal einer Großmacht ist heute nicht mehr so sehr, dass sie über Nuklearwaffen verfügt, sondern dass sie ihre Interessen selbst gegen starke internationale Widerstände durchsetzt. Die Durchsetzung deutscher Interessen kann allerdings auf zweierlei Weise betrieben werden: nach der Methode Schröder oder nach der Methode Fischer. Für die Durchsetzungskraft der letzteren spricht, dass sie von den professionellen deutschen Außenpolitikern, d.h.

---

<sup>58</sup> Schröder, Außenpolitik des 'Dritten Weges', a.a.o., S. 394.

jenen, die das Alltagsgeschäft der deutschen Diplomatie betreiben, bevorzugt wird und dass sie nicht den Nachteil hat, dass ein Ausscheren aus multilateralen Übereinkünften, falls es denn dazu kommen sollte, allzu offensichtlich wird. Für die Durchsetzung der Methode Schröder spricht hingegen die Machtverteilung zwischen Kanzleramt und Außenministerium und das unübersehbare Bestreben des Bundeskanzlers, sich in der Rollenverteilung zwischen "Koch" und "Kellner" den Platz am Herd zu sichern. Zudem gibt es nicht nur in Fragen von Krieg und Frieden, sondern auch im Blick auf die Europäische Union zahlreiche Felder, in denen Schröder auf Unterstützung in der öffentlichen Meinung für seine respektheischende Durchsetzung deutscher Interessen rechnen kann.

Unabhängig davon, welche der beiden Methoden letzten Endes dominiert, wird dies allerdings - und das ist unsere *vierte These* - die transatlantischen Beziehungen im allgemeinen und die deutsch-amerikanischen Beziehungen im besonderen nur am Rande tangieren. Denn auch wenn der Bundeskanzler diese Beziehungen als "von strategischer Bedeutung und von prinzipiellem Rang"<sup>59</sup> bezeichnete, überwiegen im Moment (und wohl auf absehbare Zeit) eher die *grundlegenden* strategischen Differenzen. Vom Kyoto-Protokoll über die Raketenabwehr, den Internationalen Strafgerichtshof, den Irak und den israelisch-palästinensischen Konflikt bis zum jüngsten Beispiel von Anfang November 2002, der Frage einer internationalen Konvention zur Regulierung der Biopolitik,<sup>60</sup> vertreten Deutschland und die USA nicht nur unterschiedliche, sondern häufig paradigmatisch entgegengesetzte Positionen.

Neben diesen besonders prominenten Streitgegenständen gibt es aber sicherlich auch eine ganze Menge von übereinstimmenden Interessen - etwa im Blick auf die NATO-Erweiterung oder die von den USA gewünschte "NATO Response Force".<sup>61</sup> Diese Übereinstimmungen fallen aber weit weniger ins Gewicht, denn im Zuge der sich verändernden Struktur der deutsch-amerikanischen Beziehungen werden sowohl von den politischen Akteuren auf beiden Seiten des Atlantiks wie auch von den Medien die Differenzen und Gegensätze weit stärker beleuchtet.

---

<sup>59</sup>Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor dem Deutschen Bundestag am 29. Oktober 2002 in Berlin, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 85-1 vom 29. Oktober 2002, S. 16.

<sup>60</sup>„Schlappe der Klonkrieger“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.11.2002, S. 43.

Wenn daher die eine Seite nicht nur entschlossener denn je einen amerikanischen Weg zur Bearbeitung internationaler Probleme beschreitet und abweichendes Verhalten der Verbündeten als Undankbarkeit oder (wie jüngst Henry Kissinger) als Renationalisierung brandmarkt<sup>62</sup> und die andere Seite, also Deutschland, nicht nur ein grundsätzlich anderes Modell internationalen Regierens propagiert, sondern auch selbstbewusst gegen einen wahrgenommenen "Mündel-" oder "Satelliten"-Status aufbegehrt, dann erscheint die Zukunft der deutsch-amerikanischen Beziehungen weniger als strategische "Partnerschaft in der Führung" denn als strategische Konkurrenz.<sup>63</sup>

Vieles spricht dafür, dass sich die Deutschen auf diese Zukunft als eine realistische Möglichkeit einstellen sollten. Wenn dem aber so ist, dann kommt es umso mehr darauf an, in welcher Form die Konkurrenz zwischen den USA auf der einen und Deutschland (häufig wohl auch EU-Europa) auf der anderen Seite ausgetragen wird. Für die immer kleiner werdende Fraktion der Pro-Amerikaner steht außer Frage, dass es gerade in diesem Fall nicht nur für das deutsch-amerikanische Verhältnis, sondern auch für Deutschlands Rolle in Europa besser wäre, wenn nicht Gerhard Schröder, sondern Joschka Fischer am Herd stehen würde.

---

<sup>61</sup>Vgl. „Der Glaube an das Ende der Eiszeit“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.11.2002, S. 4.

<sup>62</sup>Henry Kissinger, Die deutsche Kritik an den USA ist ein Vorwand für die Neuorientierung der Außenpolitik. Der Bruch war kein Zufall, in: Welt am Sonntag, 20. Oktober 2002.

<sup>63</sup>Vgl. hierzu auch Gunther Hellmann, Der deutsche Weg. Eine außenpolitische Gratwanderung, in: Internationale Politik, 57. Jg., Nr. 9 (September 2002), S. 1-8.